JOBSTARTER-Auftaktkonferenz 19./20. Januar 2006

Vortrag

Manfred Kremer, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB):

„Die Förderung regionaler Strukturen in der beruflichen Bildung“

Ich bin jetzt in einer Situation, in der man mit Karl Valentin sagen könnte: Es ist schon alles gesagt, aber noch nicht von allen. Manches von dem, was bereits gesagt worden ist, möchte ich im Folgenden aufgreifen und vertiefen. Darüber hinaus möchte ich aber auch einige Punkte, die in der Diskussion angeklungen sind, klarstellen.

Zunächst einmal möchte ich mich für das BIBB der positiven Würdigung des Ausbildungspaktes anschließen. Er ist mit einer Mobilisierungsaktion einher gegangen, die dazu geführt hat, dass die öffentliche Diskussion über die Berufsbildung verstärkt wurde. Der Ausbildungspakt hat die vereinbarten Ziele erreicht und wesentlich dazu beigetragen, dass die regionalen Kooperationen, z.B. zwischen Kammern und Arbeitsagenturen, verbessert werden und Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben, für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen gewonnen werden konnten. Aber die Ausbildungsplatzprobleme – und das ist ja bereits angeklungen – sind noch nicht gelöst.

Trotz der durch den Ausbildungspakt ausgelösten Mobilisierungsaktion ist ein Rückgang der Verträge zu verzeichnen. Dies muss man aber etwas differenzieren, weil die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze immer noch über dem Niveau

von 2003 liegt – also ist hier die positive Bewegung, die 2004 noch etwas stärker ausgefallen war, durchaus weiter zu beobachten. Starke Rückgänge sind bei der außerbetrieblichen Ausbildung zu konstatieren. Dies ist auf die Politik der Bundesagentur zurückzuführen und hat in Teilen auch schon mit der erkennbaren demographischen Entwicklung in den neuen Ländern zu tun, wo die außerbetriebliche Ausbildung bisher stark ausgeprägt war. Die öffentlich geförderte Ausbildung ist – jedenfalls bezogen auf den Stichtag, um den es geht – relativ stärker zurückgegangen als die betriebliche Ausbildung.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass natürlich einige der 17.000 EQJ-Plätze betriebliche Ausbildungsverträge ersetzt haben. Aber insbesondere muss man zugestehen, dass die Betriebe infolge der Beschäftigungsentwicklung in einem erheblichen Ausmaß gar nicht in der Lage waren, bei den Ausbildungsplätzen noch zuzulegen. Mit anderen Worten: Der Ausbildungspakt kann sehr viel bewirken, aber er kann nicht alle Probleme lösen. Vermutlich kann er auch über Mobilisierungsaktionen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht vollständig von den beschäftigungspolitischen oder strukturellen Entwicklungen trennen. So hat z.B. die deutschlandweite Zunahme der Zahl der kleinen Betriebe - 80 % der Betriebe haben weniger als zehn, 60 % weniger als fünf Beschäftigte – konkreten Einfluss auf die Ausbildungsbereitschaft, weil in diesem Segment der Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten nur 16%-17% der Betriebe ausbilden.

Wir hoffen, dass sich die Beschäftigungsentwicklung in den nächsten Jahren verbessert, weil dies auch Perspektiven für die Ausbildung schafft. Aber ich glaube, wir werden nicht mehr die Situation der achtziger Jahre erreichen, wo innerhalb von zwei Jahren die Zahl der neuen Ausbildungsverträge von gut 500.000 auf über 700.000 allein in den alten Ländern gestiegen ist. Infolgedessen

müssen wir darüber nachdenken, wie die duale betriebs- und arbeitsmarktnahe Ausbildung auch in neuen Formen weiter angeboten werden kann.

Ich möchte etwas Klarheit in die Frage bringen, wie viele Ausbildungsplätze uns eigentlich fehlen bzw. wie viele junge Leute jährlich ihren Ausbildungswunsch nicht verwirklichen können. Für die Einschätzung der Größenordnung dieses Problems hat das BIBB eine jahrelange Erfahrung, die im Berufsbildungsbericht dokumentiert ist. Auf der Homepage des BIBB kann die Zusammenschau der verschiedenen statistischen Informationen nachgelesen werden. In dieser Zusammenschau werden die Informationen aus der Geschäftsstatistik der BA, die den Ausbildungsstellenmark nicht vollständig abbildet und abbilden kann, die Statistik über die neuen Verträge und Ergebnisse repräsentativer Befragungen der Ausbildungsplatzbewerber bei der Bundesagentur für Arbeit, die in eine Alternative eingemündet sind, zusammengeführt. Wenn man die dort genannten Zahlen dieses Jahres zusammennimmt, dann haben wir in der Statistik nicht nur die knapp 41.000 Unvermittelten, sondern auch die gut 47.200, die auf überwiegend schulische Alternativen und „Warteschleifen“ ausgewichen sind; aber ausdrücklich weiter in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden wollen. Die repräsentativen Befragungen zeigen, dass weitere 60.000 junge Leute neben den offiziell Registrierten eine betriebliche Ausbildung wünschen. Zusammengezählt sind das knapp 150.000 Nachfrager, die bis zum 30. September keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Durch die Nachvermittlungsaktivitäten nach dem 30.09. wird sich diese Größenordnung vermutlich auf 100.000 bis 110.000/120.000 Jugendliche einpendeln. Die meisten von ihnen stehen nicht auf der Straße, sondern sind in Bildungsgängen, in denen ihnen auch sinnvolle zusätzliche Qualifikationen und Kompetenzen vermitteln, die aber häufig genug auch sogenannte „Warteschleifen“ sind, mit denen Bildungszeiten ohne wirklichen Nutzen verlängert werden.

Auf der anderen Seite gibt es auch ein sogenanntes latentes Angebot, also Ausbildungsplätze, die nicht in der BA-Statistik erscheinen, deren Größenordnung sich nach Daten des IAB-Betriebspanels auf etwa 50.000 belaufen dürfte.

Das ist die Zahlenlage, wie wir im BiBB sie auf einer ziemlich soliden Informationsbasis einschätzen. In dieser Situation kann der Ausbildungspakt alleine nicht zu einem ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt führen. Das heißt, wir brauchen neue strukturell wirksame Lösungen. Wir dürfen nicht darauf setzen, dass den Bedarf an Qualifizierung, der sich aus der Nachfrage der Jugendlichen und aus der Entwicklung in der Wirtschaft ergibt, auf traditionelle Art und Weise alleine mit die grundständiger betriebliche Ausbildung befriedigen können – jedenfalls nicht in dem Zeitraum, den wir jetzt überschauen können, selbst wenn die Beschäftigung wieder anzieht. Im BIBB sind wir überzeugt, dass weitere Ausbildungskapazitäten durch neue, innovative Lernortverbünde geschaffen werden müssen.

Das ist auch die Grundidee von JobStarter, in dessen Mittelpunkt die Ausschöpfung regionaler Ausbildungsplatzpotentiale steht. Die zentralen Fragen sind hier: Was ist eigentlich an Angeboten in der Region da? Wie können diese weiterentwickelt werden und wie ist der regionale Qualifikationsbedarf in den nächsten zwei, drei, vier Jahren einzuschätzen? Sicher ist es schwierig, eine Prognose für einen längeren Zeitraum zu machen und zielgenau zu bestimmen, welche konkrete Qualifikationsbedarf sich in verschiedenen Ausbildungsbereichen ergibt. Aber ich glaube, dass die Akteure in den Regionen eine ziemlich realistische Vorstellung davon haben, wie sich vor Ort der Qualifikationsbedarf der Betriebe entwickeln wird und wie man bestehende Angebote perspektivisch nach dem Motto „Für die Zukunft ausbilden“ auf diesen

Bedarf ausrichten kann und wie durch die Kooperation der Berufsbildungsanbieter, etwa der Berufsfachschulen mit Betrieben, dabei auch ein deutliches Mehr an Ausbildungskapazitäten für Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz geschaffen werden kann.

Im BiBB und im BMBF gibt es eine gewisse Tradition, diese Förderung regionaler Ausbildungsstrukturen und Ausbildungskooperationen zu unterstützen: Angefangen von den Ausbildungsplatzentwicklern, über das sogenannte Jump-Programm, in dem die Idee der regionalen Projekte erstmals in einem größeren Förderprogramm verankert wurde, bis hin zu der Netzwerkarbeit in den neuen Ländern durch Regiokom und dem Programm STARegio für die westlichen Länder. Und schließlich hat auch die von KAUSA geleistete Ansprache von Betrieben mit Inhabern ausländischer Herkunft eine wichtige Rolle gespielt.

Mit dem BMBF-Programm Jobstarter wird das BiBB mit Hilfe der neu einzurichtenden vier Regionalbüros, auch in der Fläche unmittelbar Beratung leisten können. Sie werden Anstöße geben und bei der Erstellung von regionalen Analysen der Ausbildungspotentiale sowie der Bestimmung des regionalen Qualifikationsbedarfes unterstützend wirken. Mit anderen Worten: Es kommt darauf an, dass die Akteure in den Regionen in die Lage versetzt werden, vor Ort Vorhandenes und Bewährtes besser miteinander zusammen zu bringen und besser miteinander zu kombinieren. Dazu braucht man, glaube ich, nicht mehr Geld in die Bildungsangebote zu stecken, wenn man sieht, was beispielsweise die Bundesagentur für Arbeit in den Bereich und die Länder mit den beruflichen Schulen bereits jetzt investieren. Man muss nur intelligenter mit den vorhandenen Ressourcen umgehen.

Ich möchte an dieser Stelle einige Beispiele nennen, die aus meiner Sicht auch unter dem Gesichtspunkt der Verknüpfung von Struktur- und Ausbildungsplatzentwicklung wichtig sind.

Beginnen möchte ich mit der Ausbildungsvorbereitung, also bei der Frage: Wie kann es gelingen, dass alle Schulabsolventen eine entsprechende Qualifizierung erhalten? Wie kann ein koordiniertes, regionales Übergangsmanagement aussehen, bei dem die Arbeitsagenturen, die Bildungsdienstleister, die beruflichen Schulen, die allgemeinbildenden Schulen und die Betriebe mitwirken. Kann man diese „Förderung aus einem Guss“, die schon in den Bündnisbeschlüssen von 2002 stand, regional flächendeckend verwirklichen? Wie kann dafür gesorgt werden, dass die jungen Leute schon im siebten, achten Schuljahr - wenn man weiß, hier wird es schwierig werden - in eine Ausbildungsvorbereitung münden, mit der sie ohne unnütze Umwege in Ausbildung und zu einem Abschluss geführt werden können? Könnte das Geld der BA auf diese Art und Weise effizienter eingesetzt werden? Wir haben Beispiele dafür, dass dies geht und sehr hohe Übergangsquoten in Ausbildung erreicht werden können. Dabei kann auch hilfreich sein, wenn für Betriebe, die bereit sind, benachteiligte Zielgruppen auszubilden, regionale Unterstützungsstrukturen organisiert werden..

Gelingt es uns in den Regionen, die Betriebe so zu unterstützen, dass betriebliche Ausbildung auch zu einem Anschluss auf dem Arbeitsmarkt führt? Es wird darum gehen, innovative Ausbildungskooperationen zwischen den Berufsfachschulen und den Betrieben z.B. im Rahmen eines Ausbildungsverbundes zu organisieren. Das sollte vorzugsweise in Branchen geschehen, in denen Beschäftigungswachstum zu erwarten ist, also in neuen Branchen, in Dienstleistungsbranchen und in innovativen Bereichen der Produktion. Diese Zielsetzung, Wirtschaftsstrukturentwicklung und Ausbildungsplatzentwicklung zu

verknüpfen, ist in Jobstarter klar angelegt. Dazu gehört auch die schon erwähnte Ansprache von Betrieben mit Inhabern ausländischer Herkunft. Ein weiterer Aspekt in diesem Förderprogramm ist eine bestimmte Ausrichtung auf die Grenzregionen, einerseits auf den internationalen Aspekt, um unter qualitativen Gesichtspunkten Ausbildungskooperationen über die nationalen Grenzen hinaus zu fördern. Aber natürlich auch unter dem Gesichtspunkt der Unterstützung der Strukturentwicklung von Grenzregionen durch grenzübergreifende Ausbildungsverbünde.

Wir werden mit Jobstarter die Chance haben, insgesamt ca. 250 regionale Projekte zu fördern, die Wirkung haben werden. Das BIBB wird alles tun, um das Programm zum Erfolg zu führen. Die Möglichkeiten, die wir jetzt haben, sind fast flächendeckend. Darüber hinaus ist Jobstarter für das BIBB auch ein Feld für Berufsbildungsforschung in bestimmten Fragen und damit eine Chance, bei der Begleitung des Programms ein paar Windfall-Profits für die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems zu machen. Wir haben Jobstarter gerne und mit Engagement übernommen. Das Jobstarter-Team hat hier sehr engagiert die Tagung vorbereitet und wird Sie alle, wenn Sie denn solche Projekte durchführen wollen, auch nach Kräften unterstützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.